

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/4636**

**Ministerium für Soziales, Gesundheit,  
Familie, Jugend und Senioren  
des Landes Schleswig-Holstein  
-VIII KSt-**

An den  
Sozialausschuss des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages

per E-Mail

8. September 2009

72. Sitzung des Sozialausschusses zu TOP 3: **„Sachstandsbericht des Sozialministeriums  
über die Schweinegrippe“**  
Beschluss der 82. Gesundheitsministerkonferenz zum TOP **„Pandemieimpfstoff“**



**82. Gesundheitsministerkonferenz 2009**  
**Arbeitsstreffen Berlin 07. September 2009**

**TOP**

**Pandemieimpfstoff**

Antragsteller: Alle Länder

**Beschluss:**

1. Seit der 82. GMK hat sich die Zahl der in Deutschland an neuer Influenza A/H1N12009 Erkrankter wie prognostiziert deutlich erhöht. Die weit überwiegende Anzahl der Neuinfektionen steht dabei noch immer in Zusammenhang mit Auslandsreisen. Unverändert sind die Krankheitsverläufe in Deutschland in aller Regel milde bzw. moderat.
2. Die GMK sieht die Länder gut gerüstet. Die Pläne zur Pandemievorsorge, die Bevorratung einer Sicherheitsreserve an antiviralen Arzneimitteln, die Beschaffung von 50 Millionen Impfdosen durch die Länder zur Impfung der deutschen Bevölkerung sind dabei wichtige Schritte.
3. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, dass es gelungen ist, die Ausbreitung des neuen Erregers A/H1N1 2009 deutlich zu verlangsamen. Durch konsequentes und jederzeit der epidemiologischen Lage angepasstes Vorgehen beim Umgang mit Erkrankten und Kontaktpersonen konnten erfolgreich größere Infektketten verhindert oder unterbunden und so auch mögliche volkswirtschaftliche Belastungen vermieden werden.
4. Die GMK dankt in diesem Zusammenhang insbesondere dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) für seinen engagierten, professionellen und erfolgreichen

Einsatz. Sie betont die Bedeutung eines jederzeit insbesondere auch zur Krisenreaktion befähigten, leistungsstarken ÖGD.

5. Die GMK nimmt die fortgeschriebene Risikobewertung des Bundes zur neuen Influenza A/H1N1 2009 zur Kenntnis. Die Verläufe der Erkrankungen sind weniger schwer als erwartet. Die Erfahrungen auf der Südhalbkugel zeigen eine deutlich niedrigere Sterblichkeit bei H1N1-Infektionen gegenüber der dortigen saisonalen Influenza. Erkenntnisse, die eine andere Entwicklung für Europa begründet erwarten lassen, sind nicht bekannt. Es gibt darüber hinaus Hinweise dafür, dass nur eine Impfung ausreichend sein könnte bzw. die Bevölkerung in Deutschland gegenüber dem Erreger der neuen Influenza nicht so immunologisch naiv ist wie bisher angenommen. Die Länder bitten das BMG die Frage nach der Notwendigkeit einer ein- oder zweifachen Impfung so rasch wie möglich einer Klärung zuzuführen. Die Länder gehen davon aus, dass sich bei Ausreichen einer Einfachimpfung die Bestellmengen in Übereinstimmung mit den abgeschlossenen Verträgen bei den Herstellern entsprechend halbieren.

6. Über die bereits bei der Firma GSK bestellten Impfstoffmengen (50 Mio. Dosen) hinaus, erklären sich die Länder bereit, die Bestellung weiterer 18 Mio. Dosen beim Hersteller Novartis zu veranlassen, um die Option für mehr Impfstoff zu erhalten, wenn der Bund die Risiken aus nicht verimpften Stoffen übernimmt.

7. Die GMK appelliert an alle Verantwortlichen, erforderliche Maßnahmen zum Schutz vor einer weiteren und ggf. schwerer verlaufenden Influenzawelle mit Nachdruck zu ergreifen. Vor allem die Institutionen und Verantwortlichen der medizinischen Versorgung sind zu unveränderter Wachsamkeit und zu vorbereitenden Maßnahmen aufgefordert. Dazu zählen im Bereich des Gesundheitswesens insbesondere auch Maßnahmen des Arbeitsschutzes.

8. Die GMK erwartet vom BMG und dem BVA umgehend eine Klarstellung, dass die Krankenkassen alle tatsächlich entstehenden Kosten der Impfung zu tragen haben.

Die GMK erwartet von den Krankenkassen unverzüglich den Abschluss sachgerechter Impfvereinbarungen nach § 132 e SBV V mit den dort genannten Leistungserbringern.

9. Soweit der Bund den Krankenkassen eine Zusage gegeben hat, wonach diese nur die Kosten für die Impfung von 50% ihrer Versicherten zu tragen hätten und darüber hinausgehende Kosten vom Staat getragen würden, lehnt die GMK wie auch die Finanzministerkonferenz der Länder vom 03. September 2009 eine Belastung der Länderhaushalte ab.

10. Die GMK bittet das BMG, mit Hilfe seiner Bundesoberbehörden und ggf. der BZgA möglichst rasch alle im Zusammenhang mit der Impfung erforderlichen Informations- und Aufklärungsmaterialien für die Ärzteschaft und die Bevölkerung sowie die dazu geplante Kommunikationsstrategie vorzulegen. Die GMK sieht das Erfordernis, der Bevölkerung möglichst bald, klare und belastbare Informationen zur Verfügung zu stellen zur Notwendigkeit der Impfungen gegen die saisonale wie die neue Influenza. Die Verträglichkeit und Wirksamkeit des Impfstoffs gegen die neue Influenza spielen dabei für die Bevölkerung dabei insbesondere hinsichtlich Schwangerer und Kinder wie für Impfärzte eine besondere Rolle.

**Votum: 14 : 0 : 0**

**(in Abwesenheit von HE, NRW)**